



Protest gegen ein Soldatengelöbnis der Bundeswehr in Mainz

Vor dem Landtag auf dem Ernst-Ludwig-Platz wird am 24. Juni wieder ein öffentliches Gelöbnis der Bundeswehr stattfinden. Es soll laut Landtagspräsident Mertes die "enge Verbundenheit von Parlament und Bundeswehr zum Ausdruck" gebracht werden, vor allem bezüglich der Auslandseinsätze.

Es ist kein Routinegelöbnis wie ein Gelöbnis auf einem Kasernenhof oder auf einem öffentlichen Platz in einem entlegenen Bundeswehrstandort. In einer Landeshauptstadt direkt vor dem Landtag ist es als öffentlichkeitswirksame politische Demonstration von landesweiter und überregionaler Bedeutung gedacht, für die extra SoldatInnen aus Speyer und Germersheim herangekarrt werden.

Das Gelöbnis ist eine politische Demonstration für die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Sowie für eine noch stärker militarisierte Außenpolitik, wie sie besonders lautstark von Gauck, von der Leyen und Gabriel propagiert wird. Dazu gehört auch die aggressive Expansionspolitik von EU und NATO, die in diesem Jahr zu einer unverantwortlichen Konfrontation mit Russland geführt hat. Die Kriegsgefahr in Europa hat sich innerhalb von Wochen drastisch erhöht.

Ein öffentliches Militärgelöbnis im Gedenkjahr an den Beginn des 1. Weltkriegs ist besonders geschmacklos. Damit werden viele Millionen Kriegsgesopfer des 1. Weltkriegs und der von ihm verursachten nachfolgenden Kriege verhöhnt.

In jeder Legislaturperiode soll vor dem Landtag ein Bundeswehrgelöbnis stattfinden. 2008 hatte das vorhergehende stattgefunden.

Informationen zum Gelöbnis von 2008 mit Demonstrationsaufwurf, Reden, Presseecho, Video, Bildern:

<http://www.dfg-vk-mainz.de/links/fl58/geloebnis2008>

Weitere Themen

- *Kriegsgefahr im Gedenkjahr - 100 Jahre Erster Weltkrieg*
- *Anschlag auf GI-Café*
- *Syrische Kriegsflüchtlinge im Libanon*
- *Friedensbewegung in Schweden*
- *Kriegsverherrlichung in Mainz*

Von der Krimkrise zur Ukrainekrise? Zwei Imperien kämpfen um Macht

Auslöser der „Krimkrise“ ist ein Streit um die Einbeziehung der Ukraine in den Machtbereich der EU oder Russlands. Es ist ein politischer und wirtschaftlicher Machtkampf bis hin zu militärischen Drohgebärden, die leicht in einen Krieg oder Bürgerkrieg führen können. Zu den Akteuren des Streits gehören auf der einen Seite der deutsche Staat, wie auch die anderen Staaten der EU, die EU-Kommission in Brüssel, die Nato – eine mit Atomwaffen bestückte Militärallianz – und die USA. Auf der anderen Seite steht die Russische Föderation. Alle betreiben mit ihren mehr oder weniger staatlich beeinflussten Medien Kriegspropaganda. Um die EU ist eine „westliche Wertegemeinschaft“ versammelt, die je nach Standpunkt recht verschieden interpretiert werden kann. Zu ihr werden im Allgemeinen die kapitalistischen Staaten des Westens aus dem Kalten Krieg gerechnet, nicht zu vergessen Kanada, Australien, Neuseeland und Israel. Eine wichtige Rolle spielt ein Strategiepapier der EU. Das Papier beschreibt die bereits vor 10 Jahren geschaffene Europäische Nachbarschaftspolitik (EPN). Diese Politik hat zum Ziel einen „Ring stabiler, befreundeter Staaten“ um die EU herzustellen. Zu diesem Ring zählen Staaten in Nordafrika, Osteuropa und im Kaukasus. Die Ukraine gehört dazu. Mit einer besonders wirtschaftspolitisch expansiven Politik sollen mit allen Nachbarstaaten der EU bilaterale Assoziierungsabkommen, auch Nachbarschaftsabkommen genannt, abgeschlossen werden. Ein Beitritt zur EU wird zwar nicht angestrebt, die „Nachbarn“ werden jedoch bei Vertragsabschluss unter anderem auf Marktbedingungen nach EU-Muster verpflichtet.

Die Russische Föderation hat ebenfalls Wirtschaftsinteressen und versucht, Wirtschaftspartnerschaften in den Grenzen der ehemaligen Sowjetunion zu Stande zu bekommen. Bereits im Oktober 2011 wurde in der Region eine Freihandelszone aus mehreren Staaten gegründet, in der auch die Ukraine Mitglied ist. Mit Russ-



Foto: Harald Gewehr

land als Führungsmacht gibt es seit 2000 die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft mit Kasachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan und Belarus. Beobachterstatus haben Armenien, Moldawien und die Ukraine. 2015 ist eine Eurasische Union nach dem Muster der EU zwischen der Russischen Föderation, Belarus, Armenien und Kasachstan geplant. EU und Russland kämpfen seit Jahren um beherrschenden Einfluss in der Ukraine.

Im November 2013 hat die EU mit der Ukraine ein Assoziierungsabkommen abschließen wollen. Das ist gescheitert. Daraufhin gab es Proteste auf dem Majdan in Kiew. Vieles wurde in unseren Medien über die Proteste berichtet. Immer wieder kam der Ex-Boxweltmeister Klitschko auf den Bildschirm. Auch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel war er zu Besuch. Auf dem Majdan wurde Klitschko, der keine Klientel hinter sich hat, schon mal ausgepöfht. Die „westliche Wertegemeinschaft“ und Russland ereiferten sich mit gegenseitigen Vorwürfen um den Zankapfel Ukraine, was dann zum Regierungswechsel in der Ukraine führte. Das Parlament hat am 22. Februar den ukrainischen Staatspräsident Wiktor Janukowitsch für abgesetzt erklärt und eine Übergangsregierung eingesetzt. Diese agierte von vornherein nationalistisch. Wogegen sich die mehrheitlich russischstämmige Bevölkerung der Krim wehrte. Die Lage eskalierte mit Besetzung des Regionalparlaments der Autonomen Republik Krim durch nicht mit Hoheitszeichen gekennzeichnete prorussische Milizen. Nach Ansicht von OSZE-Beobachtern handelte es sich um russische Truppen. Mit dem Verdecken der Hoheitszeichen wollte Russland offensichtlich einem nachweisbaren Völkerrechtsbruch aus dem Wege gehen. Russland kündigte an, notfalls Truppen in der Ukraine einzusetzen, um die dortigen Russen zu schützen. Ein großes Interesse an der Krim hat Russland, weil im Hafen von Sewastopol die russische Schwarzmeerflotte liegt.

Die Krim war ab 1921 eine Autonome Sozialistische Sowjetrepublik innerhalb der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, also Teil Russlands. 1954 wurde die Krim an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik angegliedert. Anlass war das 300-jährige Jubiläum des Vertrags von Perejaslaw von 1654, womit sich der von Polen bedrängte ukrainische Kosakenstaat dem Schutz des russischen Zarenreiches unterstellt hatte. Die Eingliederung war ein Geschenk des Ukrainers Chruschtschow an die Ukraine. Es bestand keine politische Veranlassung dazu. Zu damaliger Zeit hätte niemand gedacht, dass es zwischen Russland und der Ukraine je eine internationale Grenze geben würde.

Russland hat ein starkes Interesse, die

Krim in sein Staatsgebiet zu integrieren. Mit einem Referendum der Autonomen Region haben die Bewohner der Krim im März entschieden, dass sie aus der Ukraine ausgegliedert werden. Nach der Besetzung durch russisches Militär und russlandfreundliche Milizen votierte in einem Referendum eine deutliche Mehrheit für den Anschluss an Russland. Auch wenn die Volksabstimmung von vielen Tartaren und Ukrainern boykottiert wurde, ist wahrscheinlich, dass die Bevölkerung insgesamt mehrheitlich zu Russland gehören will.

Nach der gerade wieder in Kraft gesetzten Verfassung der Ukraine ist das Referendum gesetzeswidrig. Daraus ist nunmehr die eigentliche „Krimkrise“ geworden. Der Westen kritisiert den Rechtsbruch und Russland bleibt auf der Krim und verweist auf entsprechende Völkerrechtsbrüche des Westens. Gegenseitige Anschuldigungen bis zu Hetzparolen von Politik und Medien ziehen gleich, woran sich Politiker und Politikerinnen der Ukraine besonders stark beteiligen.

Große russische Bevölkerungsanteile gibt es noch im Osten und Süden der Ukraine. Ich befürchte, Russland wird irgendwie versuchen, auch diese Gebiete zu gewinnen. Schließlich würde der wirtschaftliche Machtzuwachs des Westens damit wesentlich verringert. Ob der Westen dabei mitspielt, ist fraglich. Einen großen Krieg kann man vielleicht ausschließen. Aber auch ein Bürgerkrieg, bei dem der Westen die eine Seite und Russland die andere wie auch immer unterstützen würde, wäre katastrophal. Es könnten ähnliche Prozesse wie im syrischen Bürgerkrieg entstehen. Auch dort betrieben die EU und ihre Mitgliedstaaten von vornherein Nachbarschaftspolitik. Syrien gehört zu den Staaten, die die EU mit der ENP erreichen will.

In einem Interview mit der Zeitschrift *Graswurzelrevolution*, Nr. 388, April 2014, äußerte sich der Sozial- und Politikwissenschaftler Vadim Damier (Moskau) so:

Vadim Damier: *Die Medienlandschaft in Russland ist stark von der Regierung kontrolliert. ... Die meisten Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehkanäle waren von Anfang an gegen die Majdan-Proteste in Kiew. Sie schrieben natürlich auch über die Rolle der Rechtsradikalen, aber die Hauptgründe für ihre Besorgnis waren eindeutig anderer Art. Die russischen Regierungskreise empfanden diese Proteste als klar anti-russisch. Als eine Bewegung, die gegen die machtpolitischen Interessen des russischen Staates und somit zugunsten der außenpolitischen, imperialistischen Gegner Russlands orientiert wurde.*

Zwar wurden später die „antifaschistischen“ Argumente stärker hervorgehoben,

indem man breit über die Rolle der Ultra-rechten auf dem Majdan berichtete ... doch aus dem Munde der russischen Herrscher und Medien klingen solche Argumente wie reine Heuchelei. Es genügt, an eine zügello-se Hetzkampagne im Sommer und Herbst 2013 gegen die ArbeitsmigrantInnen in Russland zu erinnern. ... Die Behörden benutzten die Hetze für die Verschärfung der Gesetze gegen die MigrantInnen, ... Die russische politische und Medien-Elite als Faschismus-Bekämpfer, das klingt wirklich lächerlich!

GWR: *Wie beurteilst Du die Geschehnisse in der Ukraine?*

Vadim Damier: *Für uns ist das vor allem ein Machtkampf zwischen den kapitalistischen Oligarchie-Cliquen, die leider imstande waren, die Massen für sich zu mobilisieren. ... die einfachen Leute unten [waren] mit der schlechten sozialen und ökonomischen Situation, mit der wachsenden Korruption und anderen Problemen unzufrieden ..., anders wären sie kaum mobilisierbar. Die Regierung von Janukowitsch betrieb eine „normale“ neoliberale Wirtschaftspolitik mit einem Sozialabbau, obwohl mit weniger schnellem Tempo als z.B. in Russland...*

So begann Majdan eher als eine rein politische pro-EU-Bewegung unter der Kontrolle der oppositionellen bürgerlichen Parteien. Ohne jegliche soziale oder wirtschaftliche Forderungen – nur für die schnellste Assoziation mit der EU und für das Wegfegen der Regierung, die eine solche Assoziation vermeintlich „sabotierte“. Dann begann aber eine Reihe von Prozessen, die die Gesamtsituation stark veränderten und zu einem bekannten Final führten.

Tomasz Koniecz schließt in seinem Beitrag in „Analyse & Kritik“ Nr. 592 „Kleinkrieg im Hinterhof“ zum Thema Ukraine mit den Worten, „...Staaten agieren zwar wie Subjekte auf der Weltbühne, sie fungierten aber nie als Subjekte menschlicher Emanzipation.“

Noch einmal Vadim Damier, zu der Frage, welche Perspektiven er für antimilitaristische, antifaschistische und andere emanzipatorische Bewegungen sehe:

„Ich hoffe, dass die emanzipatorischen Initiativen und Gedanken überleben – trotz dieser Offensive seitens der Reaktion. Ich glaube leider nicht an ihren kurzfristigen Triumph in einer so atomisierten und zerstörten Gesellschaft. Aber wir wissen aus der Geschichte noch etwas: die Idee der Freiheit ist ewig. Sie stirbt nie und sie kann dann ganz plötzlich und unerwartet zum Ausbruch kommen. Aber daran sollten wir noch gut arbeiten!“

Syrische Kriegsflüchtlinge im Libanon

Interview mit Gerhard Trabert vom 24.03.2014



Foto: Gerhard Trabert

Dr. Gerhard Trabert ist Professor an der Hochschule RheinMain und kümmert sich mit dem Verein „Armut und Gesundheit in Deutschland“ um die medizinische Versorgung von Obdachlosen in Mainz. Neben dem sozialen Engagement in Deutschland, ist er auch regelmäßig mit der Hilfsorganisation Humedica e.V. als Arzt in Krisenregionen auf der ganzen Welt im Einsatz. Im

lebniße dort waren:

FL: Gerhard, wie kam es denn dazu, dass du als Arzt in einem syrischen Flüchtlingslager gearbeitet hast?

GT: Im September 2013 waren etwa 750.000 syrische Kriegsflüchtlinge im Libanon. Humedica hatte in Zusammenarbeit mit einer US-amerikanischen Organisation einen Teil der medizinischen Versorgung der Flüchtlinge in Zahlé an der syrischen Grenze übernommen. Zu diesem Zeitpunkt waren gerade die Giftgasangriffe in Syrien vorgefallen und Präsident Obama drohte mit einem militärischen Gegenschlag. Aus Furcht vor möglichen Vergeltungsangriffen verließen die Mitarbeiter der amerikanischen Organisation das Land. In dieser Notsituation war Humedica gezwungen, kurzfristig nach weiteren Freiwilligen zu suchen, um die Versorgung der Flüchtlinge aufrecht zu erhalten. Diese Anfrage erreichte auch mich.

FL: Der Libanon ist ja selbst ein konfliktgebeutetes Land, wie wurdet ihr dort als Hilfskräfte für die Flüchtlinge aufgenommen?

GT: Da möchte ich zunächst etwas zum Hintergrund der Situation vor Ort sagen: der Libanon ist ein kleines Land, etwa halb so groß wie Hessen. Schon vor dem Syrienkrieg waren etwa 400.000 kurdische, irakische und palästinensische Flüchtlinge im Libanon, bei einer Gesamtbevölkerung von rund 4.500.000 Menschen. Aus diesem Grund wollte man keine großen Flüchtlingslager mehr und teilte die syrischen Flüchtlinge auf mehrere kleine Camps auf. Wir arbeiteten in Kooperation mit einem libanesi-

schen Hilfswerk und selbstverständlich war man dort sehr froh über die Hilfe im Management der Flüchtlinge. Trotzdem blieb die medizinische Versorgung etwas problematisch: ausländischen Hilfsorganisationen war es nur erlaubt, eine Basisversorgung der Flüchtlinge vorzunehmen. Alles darüber hinaus musste von libanesischen Ärzten ausgeführt und durch die Patienten bezahlt werden. Man fürchtete die Etablierung einer zweiten medizinischen Versorgungsstruktur neben der libanesischen und dies sollte so verhindert werden. Es gab also eine etwas zwiespaltene Grundhaltung aus Dankbarkeit und Skepsis.

FL: Und in den Camps selbst? Wie haben sich die Flüchtlinge euch gegenüber verhalten?

GT: Die Gefühle der Menschen dort sind schwer zu beschreiben. In erster Linie waren sie sehr verstört und traumatisiert. Die Erleichterung, in Sicherheit zu sein, war überall spürbar. Wir hatten fast nur mit Frauen und Kindern zu tun. Diese legten schnell ihre anfängliche Scheu ab und waren dann erkennbar froh und dankbar für die Hilfe. Die wenigen Männer, die wir antrafen – die meisten sind im Knast, im Krieg oder tot – waren durchweg angespannt. Sie wollten sich auch nie fotografieren lassen, aus Angst, die Bilder könnten publiziert und vom syrischen Geheimdienst erfasst werden.

FL: Gab es denn irgendwelche Besonderheiten im Vergleich zu anderen Einsätzen in Krisenregionen?

GT: In den Bürgerkriegsgebieten in Angola und Liberia waren die Menschen ähnlich verstört. Allerdings erschien es mir im Libanon heftiger... die Angst war noch näher, was vielleicht auch mit den Giftgasangriffen zu tun hatte. Auch habe ich sonst nie derart viele apathische Kinder gesehen. Das kenne ich sonst eher von Naturkatastrophen wie nach dem Tsunami in Sri Lanka oder dem Erdbeben auf Haiti.

FL: Die Situation vor Ort klingt ja sehr schwierig – welche Probleme gab es bei der täglichen Arbeit?

GT: Ein grundlegendes Problem war natürlich die Bezahlung der medizinischen Versorgung, die über die erlaubte Basisversorgung hinausging und die wir dann zum Teil organisierten. Es gab aber auch ganz konkrete Fälle: So litten viele Kinder unter der sogenannten Mittelmeeranämie oder Thalassemie. Diese Krankheit macht eine regelmäßige Therapie mit Bluttransfusionen notwendig, die sie als Flüchtlinge im Libanon nicht mehr bekommen. Das bedeutet, dass diese Kinder in 5 bis 6 Jahren sterben werden. Ähnlich verhält es sich mit Patienten,



Hollywood trifft auf Realität im Flüchtlingscamp, Foto: Gerhard Trabert

September 2013 war er für zwei Wochen in einem syrischen Flüchtlingscamp im Libanon. Wir haben nachgefragt, wie seine Er-

die an Diabetes erkrankt sind. All diese Menschen haben dort keine Chance – die hätten sie nur, wenn sie richtig versorgt werden würden, wie z.B. in Deutschland oder einem anderen westlichen Land.

FL: Wie steht es um deinen persönlichen Eindruck: Ist die Arbeit erfolgreich?

GT: Es bleibt immer die Frage nach dem „Tropfen auf dem heißen Stein“... Sicher haben wir einiges geleistet. Es bleibt die Frage, wie es weiter gehen soll. Nicht nur mit den angesprochenen Patienten mit Krankheiten, deren Verlauf ohne Versorgung tödlich endet. Man fragt sich auch, was passiert im Winter, wenn es in diesem Gebiet sehr kalt wird? Außerdem besteht eben die grundsätzliche Problematik, dass die Versorgung im Krankenhaus für die Flüchtlinge nicht finanzierbar ist und die Hilfsorganisa-

tionen auch nicht alle Menschen erreichen können. Meine Gefühle sind hier sehr gegensätzlich: auf der einen Seite sehe ich klar den Nutzen der eigenen Arbeit und auf der anderen Seite stelle ich mir die Frage nach der Sinnhaftigkeit. Vor Ort verdränge ich diese Zweifel so gut es geht. Und es bleibt ja auch immer noch die Hoffnung, dass sich die Grundsituation ändert.

FL: Wenn du abschließend eine Erkenntnis aus dem Aufenthalt im Libanon und den Treffen mit den syrischen Kriegsflüchtlingen nennen solltest – Was wäre das?

GT: Zunächst bin ich vor allem sauer auf die deutsche Politik. Für mich ist es eine Farce, wenn ein Land wie Deutschland 5.000 Flüchtlinge aufnimmt, während im Libanon mittlerweile fast eine Million syrische Kriegsflüchtlinge sind. Die reichen

westlichen Länder müssen mehr Flüchtlinge aufnehmen, wenn sie ihre soziale Verantwortung ernst nehmen. Außerdem bleibt die Frage der Auswahlkriterien. Aus diesen Lagern wird es sicherlich niemand nach Deutschland schaffen, da sie erst mal bis Beirut kommen müssten. Es macht mich wütend, dass solches Elend einfach zugelassen wird und es keine adäquate und sinnvolle Versorgung der Menschen in den Flüchtlingscamps gibt. An dieser Stelle sollte Deutschland mehr Verantwortung in der Welt zeigen, aber nicht militärisch wie Verteidigungsministerin von der Leyen oder Bundespräsident Gauck gefordert haben, sondern humanitär! Ich denke hier ist noch mehr ziviler Widerstand notwendig, um für diese Ziele einzustehen!

100 Jahre Erster Weltkrieg Kriegsgefahr im Gedenkjahr?

2014 schien ein kalendarisch veranlasstes Gedenkjahr zu werden: Anlass für historische Rückblicke und vergleichende Analysen der internationalen Beziehungen damals und heute. Mit der Annexion der Krim ist schlagartig die Kriegsgefahr nach Europa zurückgekehrt. Könnte ähnlich wie 1914 aus dem Konflikt um die Ukraine ein größerer Krieg werden?

Geschichtsrevisionismus

Beim 1. Weltkrieg stellt sich mehr als sonst die Frage nach seinen Ursachen, oder noch pointierter, nach der Kriegsschuld. Das Deutsche Reich wurde im Friedensvertrag von Versailles als hauptverantwortlich eingestuft, späteren Generationen, denen ideologisch verständlichere Konflikte wie der 2. Weltkrieg und der Ost-West-Konflikt vertraut sind, erscheint der 1. Weltkrieg rätselhaft.

Die Hauptverantwortung des Deutschen Reichs wurde von der deutschnationalen Geschichtsschreibung jahrzehntelang vehement bestritten: Niemand sei wirklich schuldig gewesen, alle Beteiligten seien irgendwie in den Krieg hineingeschlittert. Einen Paradigmenwechsel bewirkte Fritz Fischers Buch *Griff nach der Weltmacht* von 1961. Er belegte akribisch, dass die Herrschaftseliten des Deutschen Reiches eine deutsche Weltmachtstellung anstrebten und bereit waren, dafür Krieg zu führen, und dass Deutschland 1914 nach dem Mord in Sarajevo Österreich-Ungarn keineswegs bremsete, sondern zum Angriff auf Serbien ermunterte. Die anfangs äußerst umstrittene *Fischer-These* fand immer mehr Anklang, wird aber jetzt häufiger revidiert. Das bekannteste revisionistische Werk ist das Buch

von Christopher Clark *Sleepwalkers. How Europe Went to War* (2012, dt. *Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, DVA). Die Regierenden in Deutschland und Österreich-Ungarn erscheinen hier nicht wesentlich aggressiver und paranoider als andere.

Verbrechen oder Tragödie?

Ob Militaristen, Nationalisten und Imperialisten des einen Staats schuldiger waren als ihre Kollegen und Gesinnungsgenossen jenseits der Grenze, ist zweitrangig. Problematischer bei diesem Revisionismus ist, wenn von Schuld keine Rede mehr ist und solche Publikationen gefeiert werden. Zum „Kriegsausbruch“ schreibt Clark: „In dieser Geschichte gibt es keine Tatwaffe als unwiderlegbaren Beweis, oder genauer: Es gibt sie in der Hand jedes einzelnen wichtigen Akteurs. So gesehen war der Kriegsausbruch eine Tragödie, kein Verbrechen.“ (Clark S. 716) Hier wird das Verbrechen des Krieges verharmlost, allein schon mit dem Begriff „Kriegsausbruch“, der suggeriert, Krieg sei eine Art Naturkatastrophe. Kriege werden jedoch von Menschen bewusst begonnen, was Clark detailliert belegt. Er schreibt: „Kein einziges der Anliegen, für die Politiker von 1914 stritten, war die darauffolgende Katastrophe wert.“ (S. 717) Also haben die damaligen Machthaber aus nichtigen Gründen den bis dahin größten Massenmord der Geschichte organisiert. Wenn das kein Verbrechen ist, was dann?

Die damaligen Protagonisten als „Schlafwandler – wachsam, aber blind, von Albträumen geplagt, aber unfähig, die Realität der Gräueltaten zu erkennen, die sie in Kürze in

die Welt setzen sollten.“ zu beschreiben, ist beschönigend.

Einerseits waren die europäischen Gesellschaften durchdrungen von sich immer mehr steigendem nationalistischem Hass, imperialistischem Größenwahn, Militarismus und gewaltiger Aufrüstung. Viele hielten einen Krieg für unvermeidlich, manche sehnten ihn gar herbei. Andererseits warnte nicht nur die Friedensbewegung verzweifelt vor Krieg, der mit modernen Waffen wesentlich verheerender sein würde als früher. Selbst der russische Zar Nikolaus II. lud angesichts der Destruktivität moderner Kriege zu den Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907. Norman Angell rechnete in seinem Weltbestseller von 1910 *The Great Illusion* vor, dass die europäischen Industriestaaten ökonomisch so sehr miteinander verflochten seien, dass sich ein Krieg für sie nicht lohnen könne.

Zwar hatte es seit 1815 keinen europaweiten Krieg mehr gegeben, die kurzen italienischen und deutschen Einigungskriege lagen mehr als 40 Jahre zurück, aber in den Balkankriegen von 1912 und 1913 war, neben Vertreibungen und Massakern an der Zivilbevölkerung die massenmörderische Brutalität moderner Kriegführung zu beobachten. Die Entscheidungsträger wussten sehr genau, welche Gräueltaten sie verursachten.

Krieg ist organisierter Massenmord. Krieg ist ein Verbrechen, auch wenn die Verbrecher, die ihn führen, ihn für legal erklären. Verbrecherisch war, Millionen von Menschen für nationalistische Wahnvorstellungen und imperialistische Machtinteressen in Tod und Verstümmelung zu hetzen. Verbrecherisch war, Krieg und Angriffskrieg als Mittel der Politik einzusetzen. Verbreche-

risch war, mit nationalistischer Hetzpropaganda zu Hass und Massenmord aufzuhetzen. Verbrecherisch war, auch ohne Krieg junge Männer zu jahrelangem Kriegsdienst zu zwingen, ihrer Freiheit zu berauben und fürs Abschlagen abzurichten. Es war verbrecherisch und kriminell dumm, Bündnisse einzugehen, die Staaten in Kriege hineinziehen mussten. Es war verbrecherisch, dass einige Regierungen, weit davon entfernt, in etwas einzuschlittern, kalkulierten, auf welcher Seite des Krieges zu kämpfen lukrativer sei und dann ohne Not ihre Länder ins grausame Gemetzel hineintrieben.

Es gab seit 1900 schon den Internationalen Schiedshof in Den Haag. Verbrecherisch war, noch nicht einmal auf die Idee zu kommen, ihn nach dem Mord in Sarajevo zu nutzen.

2014: Eine ähnliche Konstellation wie 1914?

Nach der Bipolarität des Ost-West-Konflikts und kurzer unipolarer Hegemonie der USA bewegt sich die Welt in Richtung Multipolarität. 1914 prägten acht Großmächte die Weltpolitik. Damals fühlte sich das aufstrebende, aber auch zunehmend isolierte Deutsche Reich eingeeignet, heute sind China und Russland mit dem noch westlich dominierten internationalen System unzufrieden.

Die Welt vor 1914 war nicht nur eine Welt von Kriegsverherrlichung, Nationalismus, Imperialismus und Aufrüstung. Seit 1815 hatte es keinen europa- oder weltweiten Krieg mehr gegeben, und die europäischen Kolonialmächte hatten, so sehr sie auch ihre Kolonialherrschaft mit brutaler Gewalt durchsetzten, untereinander Kriege um Kolonien vermieden. Der Krimkrieg und die kurzen europäischen Kriege zwischen 1860 und 1871 blieben geographisch begrenzt.

Vor 1914 wähten sich viele, wie es Stefan Zweig in *Die Welt von gestern* schildert, in einer Welt der Sicherheit, der Vernunft und des Fortschritts. Technische Entwicklungen, wachsender Wohlstand, Mobilität durch Züge und Autos mit Urlaubsreisen für mehr Menschen, beginnende Überwindung



der repressiven Sexualmoral und Geschlechterrollen, Neues in Kunst und Kultur sorgten für Optimismus in einer „Epoche des Weltvertrauens“ (Zweig ebd.). Kriege gab es auf dem Balkan, Aufstandsbekämpfung in den Kolonien. Doch Krieg zwischen vermeintlich zivilisierten Staaten erschien anachronistisch. Man nahm die Krisen wahr, tröstete sich damit, dass sie „immer in letzter Stunde, bevor es ernst wurde, glücklich beigelegt wurden.“ (Zweig ebd.)

Heute gibt es ausgedehnte Friedenszonen ohne zwischenstaatliche Kriege: West- und Mitteleuropa, Amerika und Ozeanien. In Südost- und Ostasien ist es nach dem Vietnamkrieg gelungen, trotz aller Konflikte Krieg zu vermeiden. Kriege finden in Afrika und Südwestasien statt, wo Großmächte gelegentlich intervenieren. Die Globalisierung hat ein nie dagewesenes Niveau erreicht. Millionen von Menschen sind über das Wunderwerk Internet miteinander verbunden. Kriege zwischen Industrie- und Schwellenländern erscheinen absurd und anachronistisch.

Doch schlagartig wurde deutlich, dass sich Russland, die EU und die USA um die Ukraine nun einen geopolitischen und imperialistischen Konkurrenzkampf liefern, der an längst überwunden geglaubte Politikmuster erinnert. In Russland und der Ukraine blühen nationalistische Verhetzung und offener Faschismus. Auch die meisten Medien

im Westen hatten unkritisch die ukrainische Opposition bejubelt. In Ostasien steigern sich China und Japan gegenseitig in konfrontativen nationalistischen Hass hinein. Etwas unheimlich mutet an: Die letzten Balkankriege vor 1914 begannen mit der italienischen Eroberung Libyens 1911. Genau 100 Jahre später intervenierte genau dort die NATO. Im wilheminschen Deutschland wurde Pazifismus hasserfüllt angefeindet, heute unterstellt Bundespräsident Gauck, Pazifisten seien aus „Bequemlichkeit“ gegen Krieg.

Statt im Sinn internationaler Klassensolidarität den Krieg zu bekämpfen, unterstützte die SPD den 1. Weltkrieg. Heute fordert und fördert sie mehr Bundeswehrauslandseinsätze.

Der SPD-dominierte Landtag von Rheinland-Pfalz lässt im Gedenkjahr 2014 die Bundeswehr zum Gelöbnis aufmarschieren. Vor 1914 eroberte sich das Deutsche Reich afrikanische Kolonien. Heute fordert Kriegsministerin von der Leyen Militärangebot in Afrika.

„Wir dürfen den Herrschenden kein neues 1914 erlauben!“

Es gibt aber beträchtliche Unterschiede zwischen damals und heute: Heute gibt es als Verwirklichung alter pazifistischer Forderungen konfliktmildernde internationale Organisationen wie UN und OSZE. Angriffskrieg ist mittlerweile verboten. Die Zahl der liberalen Demokratien ist heute höher als 1914. Die empirische Erfahrung zeigt, dass zwischen ihnen kein Krieg zu erwarten ist.

Der 1. Weltkrieg war keineswegs unvermeidbar. Die Krise von 1914 hätte beigelegt werden können, wie viele vor ihr. Das lässt hoffen, dass heute Krieg vermieden werden kann.

Wichtig bleibt der Widerstand gegen Krieg. Vadim Damier, Historiker, Antimilitarist und Gewerkschafter aus Moskau sagte dazu zutreffend: „Wir dürfen den Herrschenden kein neues 1914 erlauben!“ (*Interview in Graswurzelrevolution Nr. 388, April 2014*)

Gernot Lennert

Anschlag auf das GI-Café in Kaiserslautern

Im Friedlicht Nr. 56 berichteten wir über die Eröffnung des GI-Cafés „The Clearing Barrel“. Das „Clearing Barrel“ wurde darauf u.a. für seine Beratungsarbeit mit traumatisierten US-Soldaten mit dem Rheinland-Pfälzischen Friedenspreis 2012 ausgezeichnet. In der Nacht zum 21. März 2014 wurde

die Fensterfront des Cafés durch Steinwürfe zertrümmert. Ein neonazistischer Hintergrund ist nicht auszuschließen. Mehr zu dem Vorfall und einen Spendenaufruf findet ihr hier:

<http://www.dfg-vk-rlp.de/aktuell/gi-cafe-steinwuerfe/>

Vorbereitungen Gelöbnisproteste

Das nächste Vorbereitungstreffen für den Protest gegen das Gelöbnis findet am Montag, dem 28. April 2014 um 19:00 Uhr bei der Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, 55116 Mainz statt.

In Schweden ist der Teufel los — und Frauen versuchen ihn auszutreiben —

von *Hona Riesz*

Anfang April 2014 erreichte mich eine E-Mail von den „Frauen für Frieden“ (Kvinnor för fred - KFF) in Kiruna mit dem Hilferuf: „Die Nato übt mit 16.000 Mann in Norwegen nahe der russischen Grenze! Hilfe! Wollen wir was tun?“

Da ja gerade diese jährliche Übung „Cold Response“ mit Flugzeugen aus vielen Ländern plus Panzern und Fußvolk (Infanterie) mit der Krim-Krise kollidierte, waren die Frauen sehr besorgt, dass diese Übung die Russen mobilisieren könnte.

Seit 2004, als die schwedische Regierung ohne Reichstagszustimmung schwedisches Land für internationale Übungen freigab, ist der Teufel los!

Man nannte Nordschweden „Schnee, Dunkelheit und Kälte“ und gab den alten Raketenübungsplatz – Vidsel – frei für internationale Übungen. Dieser liegt etwa am Polarkreis. Sehr bald wuchs dieser Platz bis an die norwegisch-finnische Grenze und wurde dann NEAT (North European Airspace Test Range) genannt. 24.000 km² stehen zur Verfügung. Nirgends hat das Militär so viel Platz über Land zum Krieg spielen. Deswegen konnte die Kyritz-Ruppiner Heide zur „Freien Heide“ werden. Herzlichen Glückwunsch!

Mehrmals im Jahr kommen US- und Nato-Streitkräfte mit ihren sogenannten „Partnern für den Frieden“ zusammen und üben mit etwa 50 Flugzeugen, die dreimal am Tag starten. Also sind es 150 Flüge, die im Tiefland über die Täler donnern.

Dies zu Zeiten, wenn Elch- und Rentierkälber gerade geboren sind. Wenn die Muttertiere gestört werden, verlassen sie ihre Kälber und keiner weiß, ob sie geboren wurden, da Wolf, Vielfraß und Luchs, Bär und Adler selten Spuren hinterlassen.

Schweden hat ein seltenes Recht, „Allgemeinrecht“ genannt. Das heißt jeder darf überall hin, Beeren und Pilze suchen, Feuerchen für den Kaffee machen, zelten, in den Seen baden usw., nur nichts stören, bzw. zerstören.

Nur mit den neuen Militärübungen wird das Land plötzlich zum „Schutzgebiet“ erklärt und mit spärlichen Schildern an den Bäumen gekennzeichnet. Wenn „normale“ Menschen, Touristen, Beerenpflücker usw. diese Schilder nicht entdecken, werden sie auf diesen Gebieten festgenommen und ver-

klagt wegen ungesetzlichem Betreten und Gefährdung von Schutzobjekten.

Alva Myrdal, die schwedische Abrüstungsministerin und Friedensnobelpreisträgerin von 1982, hat an das Nobelinstitut am 6. Juni 1978 mit den Worten geschrieben:



Agneta Norberg, Foto: Sofia Härén

„Falls das Volk sich nicht erhebt, gegen den Wahnsinn der Waffen, geht der Aufrüstungswettbewerb weiter bis zum Selbstmord der Welt.“ (Zu Alva Myrdal und anderen Nobelpreisträgerinnen siehe auch Friedlicht Nr. 49 aus dem Jahr 2005.)

Vor allem ab den 1970er Jahren waren viele Frauen für den Frieden in Skandinavien, Europa und Japan aktiv gegen Krieg, Aufrüstung und Atombomben. Berühmt geworden ist eine Unterschriftenaktion mit 504.719 Unterschriften. Ein Appell des Friedens betonte und verlangte, dass die Abrüstungsverhandlungen wieder aufgenommen werden. Diese Unterschriftenlisten wurden in Kopenhagen am 14. Juli 1980 bei der Friedenskonferenz der UN an den damaligen Generalsekretär Kurt Waldheim übergeben. Damals wurden auch große Friedensmärsche durchgeführt. Z.B. Kopenhagen – Paris, Stockholm – Moskau, New York – Washington und Kiruna – Murmansk. 1986 versammelten sich auch ca. 180.000 Menschen im Hunsrück, um gegen die Stationierung von 96 Cruise-Missiles zu demonstrieren.

Die Frauen für Frieden in Kiruna sind seit den 80er Jahren dabei und haben viele Märsche und Fahrradtouren mitgemacht.

Als dann 2004 „Schnee, Dunkelheit und Kälte“ sich breit machte, haben sie versucht, dies in Schweden bekannt zu machen, da die überregionalen Zeitungen sich nicht dafür interessierten. Wie ein Sprichwort sagt: „Ein Schwede schweigt und sagt Ja und Amen zu allem was die Obrigkeit beschließt.“

Aber die KFF mobilisierten die AntigewaltaktivistInnen von Ofog. Ofog steht für „Wir fügen uns nicht“. Die Organisation ist ein antimilitaristisches Netzwerk, das für eine Welt frei von Militarismus und Krieg kämpft. Immer gewaltfrei, aber nicht immer legal. Sie sind bereit, dafür ihre Strafen zu tragen, seien es Geld- oder Gefängnisstrafen. Sie begleiten die meisten Nato-Übungen mit gewaltfreien Demonstrationen. Oft mit Theater- oder Clownsauftreten oder Demos in Rosa, da dies keine aggressive oder militärische Farbe ist. Die Theaterstücke beschäftigen sich u.a. mit dem Bombenabwurf auf die Hochzeitsgesellschaft in Kundus. Die Farbe Rosa wurde auch auf eine Landebahn und auf die Landleichter aufgebracht.

Im Sommer 2013 organisierte KFF Kiruna außerdem eine Konferenz „The High North and International Security“ und die

Jahreshauptversammlung von „Global Network against Weapons and Nuclear Power in Space“. Der Leiter von Global Network Bruce Gagnon war einer der Hauptsprecher. Er versuchte uns zu erklären, dass alle Kriege heute über Satelliten geführt werden.

Der amerikanische General Lance W. Lord meinte dazu:

„You can't go to war and win without space.“

Agneta Norberg, die Vizevorsitzende von Global Network zeigte auf einer Weltkarte, wo die tausend Militärbasen der Nato und wo die Radarinstallationen auf der nördlichen Halbkugel sind, z.B. in Thule auf Grönland und auf Spitzbergen. Vardö, eine Insel vor Norwegen an der russischen Grenze und Esrange bei Kiruna werden als Leitzentralen bei der Kriegsführung mit Drohnen in Afghanistan, Irak, Libyen und heute auch Syrien genutzt.

Auch Regina Hagen, Abrüstungsexpertin von IANUS, einem Projekt der TU Darmstadt, nahm teil und sprach über das Projekt Galileo, das neue Satellitensystem, das GPS in Europa ablösen soll.

Durch die militärische Industrialisierung Schwedens sieht sich die KFF auch gezwungen, aktiv in der Volkskampagne gegen Atomkraft und Atomwaffen mitzuwirken. Als Mitglied der KFF und der DFG-VK war ich letzten Sommer mit Annamalts Installation „Nuclear Grass“ unterwegs. Erst in Kiruna bei Global Network, dann auf der „Urkuft“, einem kritischen und wunderbarem Volksfest in Mittelschweden und dann

in Pyhäjoki, Finnland. Dort versuchten wir mit „Art-Activism“ einen Atomkraftwerks-Neubau zu stoppen.

Die Suche (überwiegend durch ausländische Investoren) nach Mineralien, Erzen, Nickel, Silber, Gold und Uran wird in den kommenden Jahren aus Schweden einen „Schweizer Käse“ machen. Auch dagegen wehrt sich die KFF, da die Folgen für Natur, Bevölkerung und Umwelt verheerend sein werden, wenn die Infrastruktur zerstört wird und sich niemand um die „Löcher“ kümmern wird.

Schweden ist also voll von Nato-Einsätzen, obwohl Schweden kein Nato-Mitglied ist. Es ist jedoch über die "Partnerschaft für den Frieden" mit der Nato verbunden.

Natürlich findet das schwedische Militär



Nuclear Grass, Foto: Annamalt

es traumhaft, dass sie mit den „großen Jungs“ Krieg spielen können und die „großen Jungs“ sind voll des Lobes, wie fantastisch es ist in Schweden zu üben, da man das Gefühl habe in Afghanistan, zu sein. Eins ihrer Szenarien war 2009 „Lapistan einnehmen“.

Lapistan ist ein gedachtes undemokrati-

ches, instabiles Land, das von einer Militärclique geleitet wird. Schweden verleiht Teile seines Land als terroristisches Trainingslager. Die Übung war als Planspiel eines Kriegsszenarios im Konflikt um Öl und Erdgas gegen Botnia gedacht, ein erfundenes Nato-Nachbarland. Einige naheliegende Länder sind „Nordistan“ und „Suomea“ (eigentlich Norwegen und Finnland). Diese Szenarien sind deutliche Diskriminierungen der Muslime in Schweden und der Ursprungsbevölkerung, der Samen. Das Wort „Lapp“ ist heute in Schweden verboten und die Endung -istan erinnert viele Muslime an Afghanistan. Vielfältige Proteste folgten.

Ofog meint: Die Nato ist keine Verteidigungsallianz. Sie ist der weltgrößte Atomwaffenclub und die größte Kriegsmaschine.

Im Gedenkjahr zum Ersten Weltkrieg Keine Kriegsverherrlichung und keine Heldenverehrung in Mainz!



Foto: Hans Ripper

Am Mainzer Fischtorplatz, direkt am Rheinufer steht das 1939 errichtete Marine-Ehrenmal. Der Oberbürgermeister lässt dort jedes Jahr am „Volkstrauertag“ einen Kranz niederlegen. Die Inschrift des Ehrenmals beschreibt den Untergang eines Kriegsschiffes

mit Namen „Mainz“. Mit nationalistischem Kriegspathos steht auf den vier Seiten des Obeliskens folgender Text. Er ist in drei kurzen Absätzen zusätzlich mit allgemeinen Informationen versehen und kommentiert.

Der Patenstadt Mainz . Deutschlands Kriegsmarine . Deutschem Kreuzergeist zur Ehre - Für Wahrung des Rechts u. Wahrung der Ehre des Reichs In allen Meeren.

Diese Widmung stammt aus dem Jahr 1939, dem Jahr als der Gedenkstein dort errichtet wurde. Damals waren die Nationalsozialisten bereits sechs Jahre an der Macht. Die Wehrmacht bereitete sich auf den Krieg vor, den sie mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 wirklich begonnen hat.

Zum ewigen Gedenken an den heldenhaften „Kreuzer Mainz“ Patenschiff unserer Stadt am 28. Aug. 1914 mit wehender Flagge ehrenvoll vor dem Feind im Seegefecht vor Helgoland gesunken. 163 Kameraden starben hierbei den Heldentod. Kommandant Kapitän zur See Wilh. Paschen. Gleichzeitig sanken die Kreuzer Köln und Ariadne und Torpedoboot V 187.

In dieser Passage wird einem heldenhaften „Kreuzer Mainz“ und drei weiteren ge-

sunkenen Kriegsschiffen gedacht. Über den Tod von 163 Menschen, über den Verlust, eine Trauer irgend einer Art wird hinweggegangen. Selbst als Verstorbene werden sie noch als Soldaten (Kämpfer) bezeichnet um sie im Nachhinein zu Helden zu machen.

Den Gefallenen zum Gedächtnis . Den Lebenden zur Anerkennung . Künftigen Geschlechtern zur Nacheiferung .

Hier wird jungen Menschen empfohlen, „Gefallenen“ zu gedenken und ihnen in der Bereitschaft zu sterben nachzueifern.

In diesem Jahr gedenken wir des Beginns des 1. Weltkriegs. Wir halten es für keinen angemessenen Beitrag zum Gedenkjahr einen Kranz an einem Denkmal anzubringen, das das Morden im 1. Weltkrieg verherrlicht und zur Vorbereitung des 2. Weltkriegs errichtet wurde. Damit werden künftige Generationen aufgefordert, weiterhin Krieg zu führen und im Krieg zu sterben. Kranzniederlegungen an Volkstrauertagen, Heldengedenktagen, Ehrenhainen sind kriegsverherrlichend.

Für die DFG-VK Gruppe Mainz
Hans Ripper

Internet:

DFG-VK Mainz: www.dfg-vk-mainz.de
DFG-VK Hessen: www.dfg-vk-hessen.de
DFG-VK Rheinland-Pfalz: www.dfg-vk-rlp.de
DFG-VK bundesweit: www.dfg-vk.de
War Resisters' International: www.wri-irg.org

Military Counseling Network:

(Located in Germany)
phone: 0631-624 873 93
email: mcn@dmfkk.de

GI Café:

The Clearing Barrel
Richard-Wagner-Str. 48, Kaiserslautern
Öffnungszeiten:
Mi. bis Fr. ab 15 Uhr (Open End)
Sa. ab 12 Uhr (Open End)

Beratung

für ausländische Kriegsdienstverweigerer(-innen),
Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteure(-innen):
Connection e.V., Von-Behring-Str. 110, 63075
Offenbach
Tel. 069-82 37 55 34, Fax 069-82 37 55 35,
office@Connection-eV.de
www.Connection-eV.de

Radiosendung Pazifissimus

der DFG-VK Wiesbaden und Mainz läuft
an jedem zweiten Mittwoch von 18 bis 19
Uhr (in ungeraden Kalenderwochen) im
Rahmen des Programms von Radion Quer
bei Radio Rheinwelle.

Von Ahmedabad in Indien nach Kapstadt in Südafrika

Bilder aus Indien

An der Konferenz der War Resisters' International (WRI) 2010 in Ahmedabad in Gujarat in Indien haben wir, Gernot Lennert und Tina Gewehr, als Delegierte der DFG-VK teilgenommen. Die WRI ist die transnationale pazifistische und antimilitaristische „Mutterorganisation“ von Friedensorganisationen in aller Welt.

Was wir bei der Vierjahreskonferenz 2010 der WRI in Indien und auf unserer Reise durch den Nordwesten Indiens erleben durften, sind für uns bleibende Eindrücke.

Wir werden die DFG-VK auch als Delegierte bei der Konferenz der WRI in Kapstadt im Juli 2014 vertreten.

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Sektion der War Resisters' International (WRI)

Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

Landesverband Hessen, Landesverband Rheinland-Pfalz & DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.:

Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.
Tel. 0 69/43 14 40, Fax 0 69/4 99 00 07,
www.dfg-vk-hessen.de, dfgvkhessen@t-online.de

Ahr-Rhein-Eifel: c/o Wolfgang Huste (Antiquariat Huste), Telegrafstraße 16,
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler.
Tel. 0 26 41/8 29 05 28, whuste@aol.com

Aschaffenburg (das liegt zwar in Bayern, zählt aber DFG-VK-mäßig zu Hessen): c/o Gunnar Schedel (Alibri Verlag), Hangstr. 3, 63768 Hösbach.
Tel.+Fax 0 60 21/58 17 34, verlag@alibri.de

Bad Kreuznach: c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 12,
55543 Bad Kreuznach. juergenlocher@superkabel.de,
Tel. 06 71/6 28 78

Darmstadt: c/o Michael Bauer,
Gerhart-Hauptmann-Str. 47, 64291 Darmstadt.
DFGVKDarmstadt@aol.com,
www.dfg-vk-darmstadt.de

Gruppentreffen: dienstags 19.30 Uhr, ehemalige Bes-sungner Knabenschule, Ludwigshöhstr. 42

Frankfurt: Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.
Tel. 0 69/4 98 03 94 Fax 0 69/4 99 00 07,
dfgvkffm@t-online.de

Pazifistischer Ratschlag: monatlich, meist montags
19 Uhr. Genauen Termin bitte erfragen.

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach
Vereinbarung

Friedberg: c/o Bernd Baier, Hintergasse 27,
61169 Friedberg. dfgvk-friedberg@web.de

Kassel: Annastr. 11, 34119 Kassel.
Tel. 05 61-89 30 27, kassel@dfg-vk.de

Lahn-Dill: c/o Martin Otto, Frankenstr. 77,
35578 Wetzlar. Tel. 0 64 41/2 54 62,
mo-wz@gaaa.org

Mainz: c/o Bürogemeinschaft,
Walpodenstraße 10, 55116 Mainz.
Gruppentreffen: 1. Montag und 3. Donnerstag im
Monat, 19.30 h,
dfgvkmz@web.de, www.dfg-vk-mainz.de

Marburg: Postfach 1246, 35002 Marburg.
Tel. 0 64 21/2 17 83, dfgvk@lahn.net,
www.lahn.net/dfgvk/dfgvk.html

Gruppentreffen montags 20 h, Kfz, Schulstr. 6.
Radiosendung: KALASCHNIKOV - das Maga-zin für militanten Pazifismus.

2-wöchentlich mittwochs 19 h bis 20 h, Wieder-holung in der jeweils folgenden Woche um 15 h
bei Radio Unerhört Marburg UKW 90,1 MHz

Offenbach: c/o Franz Nadler, Riethgasse 4,
63075 Offenbach. Tel. + Fax: 0 69/81 51 28,
office@Connection-eV.de

Pfalz: c/o Bettina Seckler, Künstlerkolonie 10,
67471 Elmstein. Tel. 0 63 28/98 99 07,
dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de

Trier: c/o Friedens- & Umweltzentrum, Pfützenstr. 1,
54290 Trier. Tel. 06 51/9 94 10 17, buero@agf-trier.de

Westpfalz: klawir@atomstromfrei.de

Wiesbaden: c/o Peter Silbereisen, Aarstr. 29
65195 Wiesbaden, Tel. 0611-910 36 66
peter.silbereisen@web.de

Die Links zu den Artikeln gibt es auch unter www.dfg-vk-mainz.de/links/fl58

Bevor wir nach Kapstadt starten, laden wir Sie/Euch ein, mit uns unsere Erlebnisse und Eindrücke aus Indien Revue passieren zu lassen.

Bei Musik aus Rajasthan zeigen wir noch einmal unsere Fotos.

Mainz: Freitag, 9. Mai 2014, 20 h, Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10

Frankfurt: Freitag, 13. Juni 2014, 20 h, DFG-VK, Mühlgasse 13

Veranstalter: DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V., in Mainz auch DFG-VK Mainz

Weltgericht

Lesung von Satiren und Polemiken von Karl Kraus zum Gedenken an den Beginn des 1. Weltkriegs vor 100 Jahren
vorgetragen von Dr. Bruno Kern

„Weltgericht“ ist ein einzigartiges Dokument über den Ersten Weltkrieg, die „Urkatastrophie des 20. Jahrhunderts“. Während die Mehrzahl der Intellektuellen und Schriftsteller in die besinnungslose Kriegsbegeisterung einstimmten, nahm der große österreichische Satiriker seinen einsamen Kampf auf. In seiner Zeitschrift „Die Fackel“ führt er Protokoll über die Mentalität, die diese Menschheitskatastrophe erst möglich gemacht hat.

Karl Kraus: *Weltgericht. Satiren und Polemiken*, (Hg. von Bruno Kern) Marixverlag, Wiesbaden 2014, 15 €

Mainz: Mittwoch, 14. Mai 2014, 19 Uhr
Antiquariat am Ballplatz, Ballplatz 5b,
Veranstalter: DFG-VK Mainz

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Gruppe Mainz



c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, 55116 Mainz
Treffen am 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat 19:30 Uhr
Konto 4 006 161 741, GLS-Bank, BLZ 430 609 67
IBAN: DE05 4306 0967 4006 1617 41, BIC: GENODEM1GLS

dfgvkmz@web.de

www.dfg-vk-mainz.de

Informationen der DFG-VK, sowie die Zeitschrift Graswurzelrevolution sind oft erhältlich im Cardabela-Buchladen, Frauenlobstr.40, Mainz

ViSDP: H. Gewehr, DFG-VK, Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, Mainz - April 2014